



Herzlich Willkommen zum aktuellen Newsletter des Landtagsabgeordneten Joachim Köbler. Auch heute informieren wir Sie über Termine, die Arbeit im Wahlkreis und über landespolitische Themen.

Sehr gerne dürfen Sie diesen Newsletter auch an Ihre Freunde weiterleiten. Leserinnen und Leser, die an einem regelmäßigen Bezug des Newsletters interessiert bzw. nicht mehr interessiert sind, können sich jederzeit über die E-Mail-Adresse wahlkreis@joachim-koessler.de an- bzw. abmelden.

Maßnahmenpaket zum Schutz im Bereich der Bildschirmmedien

Joachim Köbler MdL: „Kinder und Jugendliche müssen wirksam geschützt werden“

Um Kinder und Jugendliche vor den Gefahren eines maßlosen und unkontrollierten Medienkonsums zu bewahren, hat der Ständige Ausschuss des Landtags auf einer Sitzung Ende April von der Landesregierung ein ganzes Bündel an Maßnahmen verlangt. Die einzelnen Forderungen sind in einem interfraktionellen Antrag von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP/DVP enthalten, der einstimmig verabschiedet wurde. Wie der CDU-Abgeordnete Joachim Köbler mitteilte, geht es dem Ausschuss nicht nur um einen Ausbau der medienpädagogischen Angebote, sondern auch um die Einleitung restriktiver Maßnahmen. „Denn neben einer besse-



ren Ausbildung und entsprechenden Sensibilisierung muss auch der Zugang zu den Medien erschwert werden“, so Köbler.

Nach Angaben Köblers wird die Landesregierung in dem interfraktionellen Antrag unter anderem aufgefordert, das Schüler-Medienmentoren-Programm (SMEP) künftig finanziell so auszustatten, dass es landesweit flächendeckend eingeführt werden kann. Für eine kindgerechte Mediennutzung und gegen Medienverwahrlo-



sung soll eine landesweite und nachhaltige Kampagne gestartet werden, die vor schädlichen Medieninhalten und vor zu frühem und zu intensivem Medienkonsum warnt, aber auch positive Aussagen treffen soll.

Die Aus- und Fortbildung im Bereich der Medienpädagogik, heißt es in dem Antrag weiter, soll in allen pädagogischen Ausbildungsgängen an Hochschulen, pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen für Lehrer und Erzieher verpflichtend eingeführt werden. Fernsehveranstalter sollten dazu bewogen werden, sich



freiwillig zu verpflichten, medienpädagogische Fernsehspots auszustrahlen. In Kindergärten und Schulen sollen nach dem Willen der Antragsteller medienpädagogische Themen als verpflichtende und fächerübergreifende Inhalte der Lehrpläne festgeschrieben werden. Auch sollen zur Stärkung der Elternbildung an Kindergärten und Schulen Programme angeboten und finanziell unterstützt werden.

Schließlich soll die Landesregierung darauf hinwirken, dass in den Studien- und Ausbildungsplänen der Kinderärzte, Hebammen und Erzieherinnen die Problematik des Medienkonsums entsprechende Berücksichtigung findet.

Köbler zufolge hat der Ständige Ausschuss die Entwicklung beim Gebrauch von Fernsehen, Internet, des gesamten Computerbereichs und mobiler Dienste wie Handys zum Anlass genommen, im März 2007 im Landtag eine Anhörung zum Thema „Konsum und Wirkung elektronischer Medien bei Kindern und Jugendlichen“ zu veranstalten. Als wesentliches Ergebnis dieser Anhörung könne festgehalten werden, dass zuviel und falscher Medienkonsum Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen Entwicklung und Entfaltung nachhaltig hemme. Denn durch Langzeitstudien könne nachgewiesen werden, dass erhöhter Fernsehkonsum von fünfjährigen Kindern langfristig zu höheren Schulabbrecherquoten und geringerem Bildungsabschluss geführt habe. Kinder mit geringerem Fernsehkonsum erzielten hingegen höhere Bildungsabschlüsse und hätten eine signifikant geringere Schulabbrecherquote. Allgemein sei in der Anhörung dafür plädiert worden, den Medienkonsum bei Kindern auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

„Der Ständige Ausschuss setzt darauf, dass sich das von ihm vorgeschlagene Maßnahmenpaket für Kinder und Jugendliche im Bereich der Bildschirmmedien als wirksamer Schutz erweist“, sagte Joachim Köbler abschließend.



Arbeitslosenzahl weiter gesunken

Joachim Köbler: „Es herrscht quasi Vollbeschäftigung in Baden-Württemberg“

Die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg hat im Vergleich zum Februar 2008 im März 2008 um 9.220 auf 237.868 Personen abgenommen. Die Arbeitslosenquote ist damit im Vergleich zum Vormonat von 4,5 % auf 4,3 % gesunken. Somit haben wir vor Bayern, das bei einer Arbeitslosenquote von 4,8 % liegt, nach wie vor die bundesweit niedrigste Arbeitslosenquote. Im Vergleich zum Vorjahresmonat März 2007 ist die Quote von 5,4 % auf 4,3 % gesunken. Der Bundesdurchschnitt lag im März 2008 bei 8,4 %.



Für den März 2008 ergibt sich im Vergleich aller Arbeitsagenturen im Bundesgebiet Folgendes:

- Unter den 31 Arbeitsagenturen mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten sind **16 aus Baden-Württemberg**, 14 aus Bayern und eine aus Nordrhein-Westfalen.
- Unter den 20 Arbeitsagenturen mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten sind **13 aus Baden-Württemberg** und 7 aus Bayern.
- Unter den 10 Arbeitsagenturen mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten sind **6 aus Baden-Württemberg** und 4 aus Bayern.



Bund muss Mindestlohn-Pläne grundsätzlich überdenken

Joachim Köbler: „Wir brauchen keinen gesetzlichen Mindestlohn“

Nach dem Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts, wonach die Ausweitung des Post-Mindestlohn auf die ganze Postbranche rechtswidrig ist, fordert der Landtagsabgeordnete Joachim Köbler Bundesminister Olaf Scholz auf, die Planungen zur Einführung eines Mindestlohns völlig zu überdenken. „Wir brauchen keinen gesetzlichen Mindestlohn. Er ist Gift für den Wettbewerb und schadet vor allem den Menschen, die gering qualifiziert sind und kaum Chancen auf einen Job haben.“

Joachim Köbler:

"Wir brauchen keinen gesetzlichen Mindestlohn"

„Das Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts ist ein Glücksfall für mehr Wettbewerb und ein Schlag ins Gesicht für all jene, die monopolistische Strukturen und arbeitsmarktpolitische Dinosaurier erhalten wollen“, so Joachim Köbler weiter. Letztlich profitiere auch der Bürger von mehr Wettbewerb, indem die Dienstleistung für den Bürger billiger anstatt immer teurer werde.

Wolf hat darauf hingewiesen, dass gerade die Beschäftigungschancen von gering Qualifizierten durch einen gesetzlichen Mindestlohn sinken. „Bei der ersten konjunkturellen Delle stehen diese Leute wieder auf der Straße. Es ist schlimm genug, dass die SPD dies Seite an Seite mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund billigend in Kauf nimmt“, so Köbler.

Für den CDU-Abgeordneten ist auch die aufgeregte Diskussion der Gewerkschaften bezüglich der sogenannten „Aufstocker“, also Arbeitnehmer, die arbeiten und ergänzend vom Staat die Grundsicherung für Arbeitsuchende bekommen, unverständlich. Es sei doch auch eine Chance, wenn gerade am Ende der Lohnskala neue Arbeitsplätze für Menschen entstünden, die bisher keinerlei Chance auf eine Arbeit hätten. Es sei besser, wenn diese arbeiten und ergänzend eine Grundsicherung vom Staat bekämen, als dass sie dauerhaft in Arbeitslosigkeit blieben.

Köbler hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass nur neun Prozent der Aufstocker nach zehn Monaten immer noch ergänzende Sozialleistungen erhalten. Die übergroße Mehrheit habe in dieser Zeit eine Arbeit gefunden, die sie und ihre Familien vom Hartz IV-Bezug unabhängig machten: „Dies zeigt doch, dass Menschen, sobald sie den Teufelskreis des Nichtstuns verlassen können, ihre Situation verbessern und nicht selten auf dem Weg nach oben sind.“ Ein gesetzlicher Mindestlohn mache diese Erfolge zunichte.